

Das „Aktionsbündnis Rudow gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ lädt ein zu der Veranstaltung:

Rechtsextremes Denken in Deutschland ist kein Randproblem!

Vorstellung der **Studie von der Friedrich-Ebert-Stiftung „Die Mitte im Umbruch“** durch den Mitautor **Johannes Kiess** am **19.6.2013, um 19.00 Uhr** in der „**Alten Dorfschule Rudow**“ (Alt-Rudow 60).

Johannes Kiess wird die Ergebnisse der Studie darstellen und interpretieren. Mit den Teilnehmern/-innen des Abends sollen Ansätze der notwendigen gesellschaftlichen Auseinandersetzung diskutiert werden.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung weist anhand eindeutiger empirischer Befunde darauf hin, dass rechtsextremes Denken in Deutschland kein „Randproblem“ ist, sondern ein Problem der „Mitte“ der Gesellschaft. Seit 2006 gibt die Stiftung regelmäßig Studien in Auftrag, die belegen, dass rechtsextreme Haltungen in allen Teilen der Gesellschaft in erheblichem Maße anzutreffen sind. Auch 2012 wurde wieder eine bundesweite, repräsentative Befragung durchgeführt: **„Die Mitte im Umbruch“** ist ein Barometer aktueller antidemokratischer Einstellungen in Deutschland.

Die Studie zeigt, rechtsextreme Einstellungen in Deutschland verharren auf einem hohen Niveau. Während die Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur abnimmt, ist Chauvinismus bundesweit bei knapp 20 Prozent der Bevölkerung anzutreffen. Die Ausländerfeindlichkeit ist mit 25,1 Prozent bezogen auf ganz Deutschland die am weitesten verbreitete rechtsextreme Einstellungsdimension. Der Antisemitismus ist bei rund jedem elften Deutschen manifest und findet sich zum ersten Mal bei Ostdeutschen häufiger als bei Westdeutschen. Schien die Verharmlosung des Nationalsozialismus bisher vor allem ein Problem in Westdeutschland, ist sie nun ebenfalls im Osten deutlicher ausgeprägt.

Wie Ausländerfeindlichkeit allgemein, so ist insbesondere Islamfeindschaft in den letzten Jahren zunehmend zum Propagandafeld für rechtsextreme Parteien geworden. Warum, das belegen die Zahlen der Erhebung: 57,5 Prozent der Deutschen behaupten, der Islam sei rückständig, 56,3 Prozent halten ihn für eine „archaische Religion“.

Was ist zu tun? Dem Kampf gegen Rechtsextremismus muss auch über das durch die „NSU“-Mordserie bedingte Aufmerksamkeitshoch hinaus höchste Priorität eingeräumt werden. Gerade in sogenannten Krisenzeiten darf nicht mit Sachzwängen argumentiert werden. Vielmehr müssen die zweifellos tiefgreifenden und vielfältigen gesellschaftlichen Umbrüche aktiv gestaltet werden. Es besteht ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen sozialer Spaltung bzw. sozialer Desintegration und menschenfeindlichem Denken.

Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.

Die Veranstaltung wird durchgeführt im Rahmen des Lokalen Aktionsplans in Neukölln-Süd.

Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms
„TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“.



V.i.S.d.P.: Rainer Knörr c/o SPD Neukölln, Sonnenallee 124, 12045 Berlin